

mit Schwerpunkt Innovationen

Festakt zum Abschied von Wolfgang Franz – Clemens Fuest wird neuer ZEW-Präsident

Im Rahmen eines Festakts fand am 28. Februar 2013 die Verabschiedung des langjährigen ZEW-Präsidenten Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz in den Ruhestand statt. Als Nachfolger wurde Prof. Dr. Clemens Fuest ins Amt eingeführt. Er leitet seit dem 1. März 2013 gemeinsam mit dem kaufmännischen Direktor Thomas Kohl das ZEW.

national in der ersten Liga spielt. Dieser Ruf ist nicht zuletzt Professor Franz zu verdanken“, erklärte er.

Scheidender ZEW-Präsident Wolfgang Franz erhält Bundesverdienstkreuz

Bis heute sei Wolfgang Franz ein wichtiger Berater der Politik auf Landes- wie Bundesebene. So habe er beispielsweise über viele Jahre die Arbeit des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geprägt. „Als herausragender Wissenschaftler und Politikberater hat sich Professor Franz große Verdienste um unser Gemeinwesen erworben,“ so der Ministerpräsident. Es sei ihm daher eine Freude und Ehre, Wolfgang Franz im Namen des Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse überreichen zu dürfen.

Mit der Berufung von Clemens Fuest sei ein überzeugender und erfolgversprechender Nachfolger für das Präsidenten-



Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Clemens Fuest, Thomas Kohl, Wolfgang Franz und Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (von links nach rechts).

Theresia Bauer, Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin und Vorsitzende des Aufsichtsrats des ZEW, begrüßte die rund 360 Teilnehmer am Festakt. Der Aufstieg und Erfolg des Instituts sei untrennbar mit dem Namen Wolfgang Franz verbunden, sagte die Wissenschaftsministerin zum Auftakt der Veranstaltung. Es sei das Verdienst von Wolfgang Franz, dass das Kürzel ZEW europaweit einen ausgezeichneten Klang habe, nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Politik, in der Wirtschaft und den Medien. Sie zeigte sich für die Zukunft des ZEW zuversichtlich. „Ich bin froh, dass Sie da sind“, sagte die Ministerin mit Blick auf Clemens Fuest. Mit ihm habe das ZEW einen inter-

national vernetzten und renommierten Wissenschaftler als neuen Präsidenten gewonnen. „Ich bin sicher, dass das ZEW mit Professor Fuest an der Spitze eine neue Qualität der Forschung und der internationalen Sichtbarkeit erreichen wird“, sagte Ministerin Bauer.

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, gab einen kurzen Abriss über die Entwicklung des ZEW. Unter der Ägide von Wolfgang Franz habe sich das Institut zu einem Leuchtturm in der europäischen Forschungslandschaft entwickelt. „Baden-Württemberg verfügt mit dem ZEW über ein wirtschaftswissenschaftliches For-

IN DIESER AUSGABE

Festakt zum Abschied von Wolfgang Franz – Clemens Fuest wird neuer ZEW-Präsident	1
Ältere Arbeitnehmer bleiben in altersgemischten Teams länger im Unternehmen	3
Externe Ratings bei Kreditvergabe an junge Hightech-Unternehmen weniger von Bedeutung	4
Langfristige Wachstumseffekte durch höhere Erwerbsbeteiligung älterer Beschäftigter	5
Nachgefragt: Wie sinnvoll sind Minijobs?	6
Trennbankensystem ist nur Nebenschauplatz bei der Reduzierung von Systemrisiko	7
Deutschland im Spannungsfeld zwischen Erfolg und Eurokrise	9
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FESTAKT AM ZEW

amt am ZEW gefunden worden. „Sie sind jung, dynamisch, in der internationalen Wissenschaftslandschaft bestens aufgestellt und Sie kennen den Standort Mannheim“, sagte der Ministerpräsident. Er skizzierte einige wichtige Stationen im Werdegang von Clemens Fuest, beginnend mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim, der Promotion an der Universität

ge beim Namen nennt und populäre Positionen kritisch hinterfragt. „Diese intellektuelle Redlichkeit schätze ich sehr an ihm“, sagte Weber. Gerne erinnere er sich, so Weber, an die gemeinsame Zeit im Sachverständigenrat mit vielen kontroversen Diskussionen. Dabei habe er Franz immer als „Brückenbauer“ erlebt, dem gerade nach hart ausgetragenen Diskussionen ein gemeinsames Bier sehr



Rund 360 Gäste waren zur feierlichen Amtsübergabe ans ZEW gekommen.



Die neue Geschäftsleitung: ZEW-Präsident Clemens Fuest mit Thomas Kohl, dem kaufmännischen Direktor.

Köln und der Habilitation an der Universität München. Er sei sicher, so Kretschmann, dass Clemens Fuest als ZEW-Präsident noch viel von sich Reden machen werde. Politik und Wirtschaft setzten auf seinen wissenschaftlich fundierten Rat.

Prof. Dr. Axel Weber, Verwaltungsratspräsident der UBS, beschrieb Wolfgang Franz als einen Wissenschaftler, der Din-

wichtig war. Mit Clemens Fuest verbinde ihn, so Weber, eine gemeinsame Zeit an der Universität Köln. Deshalb wisse er, dass die „großen Schuhe“, die Wolfgang Franz hinterlasse, Clemens Fuest nicht schreckten, sondern ihn zu Bestleistungen motivieren würden.

Unter der Leitung des Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats des ZEW,

Prof. Dr. Friedrich Buttler, debattierten in der sich anschließenden Podiumsdiskussion Prof. Dr. Karl Ulrich Meyer, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Prof. Dr. Ernst-Ludwig von Thadden, Rektor der Universität Mannheim und Dr. Dr. Bettermann, Vorsitzender des Förderkreises Wissenschaft und Praxis am ZEW, über das „ZEW im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Praxis“.

Thomas Kohl, kaufmännischer Direktor des ZEW, ging in seinen Dankesworten auf häufig genutzte Metaphern und sprachliche Bilder des scheidenden ZEW-Präsidenten ein, etwa die frischen und getrockneten Schweineohren als Beispiel für die Absurditäten unterschiedlicher Mehrwertsteuersätze, und sorgte damit für Heiterkeit bei den Gästen.

Wolfgang Franz gab in seiner Ansprache zu, dass ihm der Abschied vom ZEW schwerer falle als gedacht. Gleichwohl freue er sich auf einen neuen Lebensabschnitt. Clemens Fuest gebe er gerne seinen Rat, aber er müsse ihn schon darum bitten, ansonsten wolle er sich nicht einmischen. „Ich bin mir sicher, dass das ZEW mit seinem neuen Präsidenten weiterhin eine Erfolgstory werden wird“, sagte Wolfgang Franz. Er wünschte Clemens Fuest sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZEW alles Gute.

Die Ansprache von Clemens Fuest setzte den Schlusspunkt im Festakt. Es sei zwar noch zu früh, um eine ausgefeilte Strategie für die Zukunft des ZEW vorzustellen, sagte der neue ZEW-Präsident. Dennoch wolle er auf einige Aufgaben eingehen, die ihm wichtig erschienen. So wolle er die bereits bestehenden Kooperationen mit der Universität Mannheim und anderen Hochschulen weiter stärken und ausbauen. Darüber hinaus sei ihm die europäische und internationale Vernetzung des ZEW ein wichtiges Anliegen. Sie habe für das Institut eine große strategische Bedeutung. Es gelte des Weiteren, die hohe wissenschaftliche Qualität des ZEW zu halten und zu steigern. Überdies komme es darauf an, die wissenschaftlich fundierte Politikberatung zu forcieren und weiterhin gesellschaftlich relevante Forschung zu betreiben. „Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit und ich meine, wir sollten jetzt anfangen,“ schloss Fuest.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ältere Arbeitnehmer bleiben in altersgemischten Teams länger im Unternehmen

Altersteilzeit, Weiterbildung: Unternehmen setzen immer häufiger auf derartige Maßnahmen, um ältere Arbeitnehmer länger im Berufsleben zu halten. Doch nur altersgemischte Teams haben den gewünschten Effekt, wie eine aktuelle Studie des ZEW zeigt.

In Zeiten knapper werdender Fachkräfte besinnen sich Arbeitgeber zunehmend auf eine Ressource im eigenen Unternehmen: ältere Arbeitnehmer. Um sie länger im Arbeitsleben zu halten und sie an sich zu binden, setzen Unternehmen verschiedene Maßnahmen ein. Bisher war nicht klar, inwiefern diese Maßnahmen tatsächlich die Entscheidung älterer Arbeitnehmer beeinflussen, aus dem Berufsleben auszusteigen. Das ZEW hat diesen Zusammenhang nun erstmalig untersucht (ZEW Discussion Paper Nr. 12-059). Die Untersuchung berücksichtigt die folgenden sechs Maßnahmen: eine altersgerechte Ausstattung des Arbeitsplatzes, verringerte Arbeitszeiten und Leistungsanforderungen, altersgemischte Arbeitsteams, allgemeine Weiterbildung, spezielle Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer sowie Altersteilzeit.

Für seine Analyse verwendet das ZEW Längsschnittdaten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu älteren Arbeitnehmern zwischen 40 und 65 Jahren aus dem Jahr 2002. Dabei werden 1.063 westdeutsche Unternehmen betrachtet, die mindestens fünf ältere Mitarbeiter beschäftigen. Ostdeutsche Unternehmen wurden nicht berücksichtigt, da für sie keine Daten für den Zeitraum vor 1990 vorliegen.

Unternehmen setzen auf Altersteilzeit

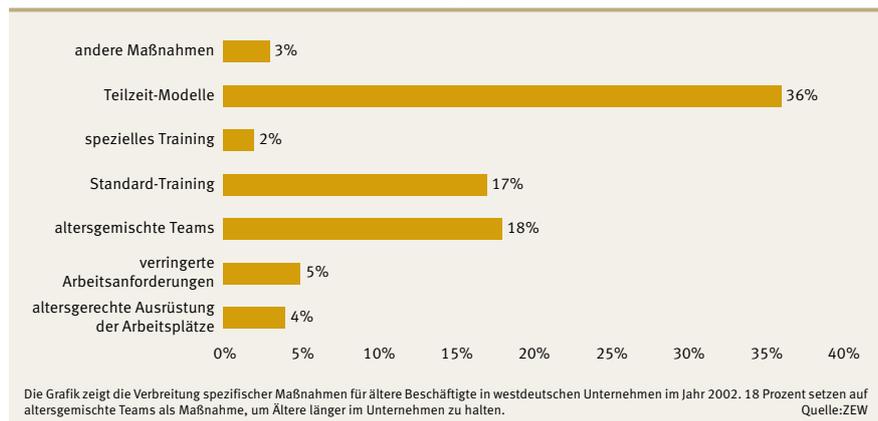
Insgesamt bieten etwa 50 Prozent der untersuchten Unternehmen Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer an (Mehrfachnennungen sind möglich). Die Grafik zeigt, dass die Unternehmen die Maßnahmen ganz unterschiedlich häufig einsetzen. Am häufigsten ist Altersteilzeit zu finden: 36 Prozent der Unternehmen bieten ihren älteren Arbeitnehmern die Möglichkeit,

bei verlängerter Vertragsdauer ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Mit einigem Abstand folgen altersgemischte Arbeitsteams, in die ältere Arbeitnehmer ihre größere Erfahrung und junge Arbeitneh-

die Wahrscheinlichkeit eines 60jährigen Arbeitnehmers, in Rente zu gehen, naturgemäß größer als die eines 30jährigen Arbeitnehmers.

Die Analyse macht deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit, aus dem Unternehmen auszusteigen, ab dem Alter von 55 Jahren deutlich steigt. Betrachtet man die Beschäftigungsdauer, so ist die Wahrscheinlichkeit des Ausscheidens aus dem Unternehmen direkt nach der Annahme

Spezielle Maßnahmen für ältere Beschäftigte im Jahr 2002



mer ihr neueres Fachwissen einbringen können, sowie allgemeine Weiterbildung. Verringerte Arbeitsanforderungen, eine altersgerechte Ausstattung des Arbeitsplatzes, die eventuelle Seh- oder Hörschäden unter anderem berücksichtigt, sowie speziell auf Ältere zugeschnittene Weiterbildung setzen die Unternehmen hingegen deutlich seltener ein.

In dem empirischen Modell, das der Analyse zugrunde liegt, berücksichtigt das ZEW sowohl den Einfluss der Beschäftigungsdauer als auch den Einfluss des Alters auf die Entscheidung, aus dem Berufsleben auszusteigen. Denn die Wahrscheinlichkeit, in Rente zu gehen, ist unterschiedlich für einen 60jährigen Arbeitnehmer, der gerade eine neue Stelle angenommen hat, als für jemanden desselben Alters, der bereits 30 Jahre bei demselben Arbeitgeber beschäftigt ist. Ebenso ist bei gleicher Beschäftigungsdauer

einer neuen Stelle sehr hoch. Mit zunehmender Dauer der Anstellung sinkt die Wahrscheinlichkeit und bleibt ab fünf Jahren Beschäftigungsdauer konstant.

Die Untersuchung zeigt weiter, dass ausschließlich altersgemischte Arbeitsteams dazu führen, dass ältere Arbeitnehmer länger im Unternehmen verbleiben. Mit zunehmendem Alter der untersuchten Beschäftigten prägt sich der Unterschied zwischen Unternehmen mit und ohne altersgemischte Arbeitsteams immer stärker aus. Altersteilzeit hingegen scheint die Beschäftigungsdauer Älterer eher zu verringern. Alle anderen Maßnahmen beeinflussen die Entscheidung, in Rente zu gehen, nicht.

Die Studie legt nahe, dass die Suche nach Instrumenten weitergehen muss, mit Hilfe deren das Potenzial Älterer besser ausgeschöpft werden kann.

Jan Fries, fries@zew.de

Externe Ratings bei Kreditvergabe an junge Hightech-Unternehmen weniger von Bedeutung

Ratings spielen bei der Kreditvergabe von Banken an neu gegründete Unternehmen des Hightech-Bereichs eine geringere Rolle als bei der Kreditvergabe an Unternehmen in der traditionellen Industrie. Dies machen die Ergebnisse einer aktuellen Studie des ZEW deutlich.



Das Bild zeigt ein junges Gründungsteam. Neu gegründete und junge Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Externe Kreditwürdigkeitsprüfungen durch Rating-Agenturen haben für Banken bei der Kreditvergabe an Unternehmen, aufgrund der verschärften Regulierung durch Basel II, erheblich an Bedeutung gewonnen. Die These, ungünstige oder fehlende Ratings seien der Grund dafür, dass insbesondere innovative, noch nicht etablierte Unternehmen ohne aussagekräftige Kredithistorie oft erhebliche Schwierigkeiten hätten, Bankkredite zu erhalten, bestätigt sich jedoch nicht. Eine Studie des ZEW zeigt zwar, dass negative Ratings generell für Unternehmen den Zugang zu Krediten erschweren. Gerade für junge, innovative Unternehmen fällt dieser Effekt allerdings deutlich geringer aus als für andere Unternehmen.

Start-Up Unternehmen in Deutschland klagten häufig über erhebliche Schwierigkeiten, Zugang zu Bankkrediten zu erhalten, obwohl diese die für sie wichtigste Quelle externen Kapitals zur Finanzierung von Innovationsprojekten und Erweiterungsmaßnahmen sind. Das ist proble-

matisch, denn neu gegründete und junge Unternehmen vor allem im Hightech-Bereich leisten einen wichtigen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Größere Rolle von externen Ratings in traditionellen Wirtschaftszweigen

Umso interessanter ist die Beobachtung der Studie, dass Ratings bei der Kreditvergabe an neu gegründete Unternehmen des Hightech-Bereichs eine geringere Rolle spielen als bei Unternehmen in der traditionellen Industrie. So ist ein Hightech-Unternehmen von einem schlechten externen Krediturteil weniger stark betroffen als ein Unternehmen in traditionellen Wirtschaftszweigen. Banken scheinen externen Ratings von Hightech-Unternehmen eine geringere Aussagekraft zuzusprechen und stützen ihre Entscheidung mehr auf andere, weiche Faktoren. Liegt für ein junges Unternehmen gar kein externes Rating vor, so wird

dieses von Banken scheinbar genauso behandelt, wie ein Unternehmen mit einem guten oder sehr guten Rating.

Die Untersuchung zur Kreditvergabe an Start-Up Unternehmen, basiert auf dem KfW/ZEW Start-Up Panel mit Daten zu mehr als 9.700 Unternehmen, die in den Jahren 2005 bis 2009 gegründet wurden. Diese Daten wurden mit Informationen der Kreditauskunftei Creditreform zu den Ratings der Unternehmen und ihrer Hausbank zusammengeführt. Dabei zeigte sich, dass von den im Panel befindlichen Unternehmen insgesamt 26 Prozent einen Bankkredit benötigten. Das entspricht einem Anteil von 65 Prozent an allen Unternehmen, die auf externe Finanzierung zurückgegriffen haben. Dabei berichteten etwa 41 Prozent der jungen Hightech Unternehmen und etwa 36 Prozent der jungen Unternehmen aus traditionellen Branchen von Problemen bei der Kreditvergabe.

Größere Banken eher zurückhaltend

Die Analyse zeigt, dass mit der Größe einer Bank deren Zurückhaltung bei der Vergabe von Krediten an junge Unternehmen wächst. Dies könnte erklären, weshalb junge Unternehmen, die eine Großbank als Hausbank haben, sowohl im Hightech-Bereich als auch in den traditionellen Branchen seltener Bankkredite in Anspruch nehmen und öfter von Schwierigkeiten berichten, einen Bankkredit zu erhalten. Indessen ist der Effekt der Bankgröße auf die Kreditverfügbarkeit allerdings eher gering. Befürchtungen, dass die Bankenkonsolidierung – allein zwischen 1990 und 2010 ist die Anzahl der Banken in Deutschland um 53 Prozent zurückgegangen – den Zugang junger Unternehmen zu Krediten deutlich erschwert, sind daher unbegründet.

Die Studie ist Teil des Forschungsprogramms „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“ (SEEK). Nähere Informationen zu SEEK: www.seek.zew.eu

Daniel Höwer, hoewer@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Langfristige Wachstumseffekte durch höhere Erwerbsbeteiligung älterer Beschäftigter

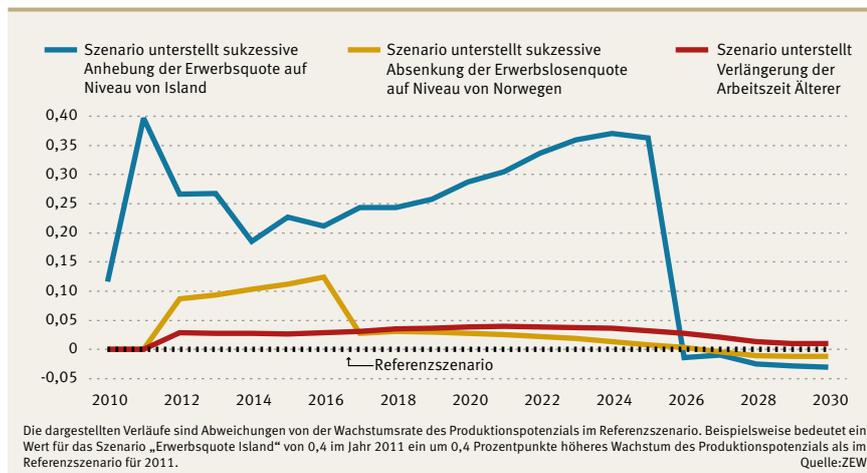
Eine Studie von ZEW, IfW und RWI entwirft verschiedene Szenarien, wie sich das Produktionspotenzial in Deutschland durch die verstärkte Einbindung Älterer ins Erwerbsleben anheben lässt.

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist in den nächsten Jahren durch einen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und einer gleichzeitigen Zunahme des Anteils Älterer an der Gesamtbevölkerung gekennzeichnet. Beide Effekte dürften dämpfend auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen und damit auf das Produktionspotenzial wirken. Im Rahmen eines Forschungsprojekts für die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ hat das ZEW in Koope-

sche wirtschaftspolitische Eingriffe bis 2030 fortschreibt. Der Effekt einer wirtschaftspolitischen Maßnahme zur Erhöhung des Arbeitsvolumens der Älteren (hier ist etwa an eine Änderung von Frühverrentungsregelungen oder Altersteilzeitregelungen zu denken) zeigt sich dann durch die Abweichung des Produktionspotenzials dieses Szenarios vom Referenzszenario. Im Folgenden liegt der Fokus auf den langfristigen Wachstumseffekten von drei ausgewählten Szenarien.

gen 2011 bei deutlich unter zwei Prozent, während die entsprechenden Werte in Deutschland jeweils etwas über sechs Prozent betragen. Das dritte Szenario orientiert sich nicht am Ausland, sondern wird über Beschäftigungswünsche von älteren Teilzeitarbeitnehmern bestimmt. Auswertungen des Mikrozensus deuten darauf hin, dass ältere teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer gerne mehr arbeiten würden, sich dies aber aus verschiedenen Gründen nicht realisieren lässt. Für das dritte Szenario wird nun davon ausgegangen, dass es aufgrund wirtschaftspolitischer Interventionen gelingt, dem Wunsch der Älteren nach Mehrarbeit nachzukommen.

Abweichung der Wachstumsrate des Produktionspotenzials vom Referenzszenario



ration mit dem IfW in Kiel und dem RWI in Essen untersucht, ob sich durch eine Mobilisierung des Erwerbspotenzials Älterer diese negativen Effekte auf das Arbeitsvolumen abmildern lassen. Dazu werden die langfristigen Wachstumseffekte verschiedener Szenarien zur Erhöhung des Arbeitsvolumens der Älteren berechnet. Die Szenarien setzen an drei Komponenten des Arbeitsvolumens an: Erwerbsquote, Erwerbslosenquote und Arbeitszeit.

Zuerst wird der langfristige Pfad des Produktionspotenzials für ein Referenzszenario bestimmt, welches die Entwicklung der drei Komponenten ohne spezifi-

Die Studie entwirft insgesamt neun verschiedene Szenarien.

Das erste Szenario simuliert die sukzessive Konvergenz der Erwerbsquote Älterer (55-64 Jahre) auf isländisches Niveau bis 2030. Island liegt 2011 mit einer Erwerbsquote der Frauen zwischen 55 und 64 Jahren von nahe 80 Prozent im internationalen Vergleich an der Spitze, während Deutschland einen Wert von deutlich unter 60 Prozent aufweist. Das zweite Szenario simuliert eine Absenkung der Erwerbslosenquote der Älteren auf norwegisches Niveau. Die Erwerbslosenquote der Frauen und der Männer lag in Norwe-

Zusätzliches Wachstum durch Anhebung der Erwerbsquote Älterer

Die Abbildung zeigt die Abweichungen der Wachstumsrate des Produktionspotenzials vom Referenzszenario bis 2030 für die drei Szenarien. Ein Wert von 0,1 bedeutet eine um 0,1 Prozentpunkte höhere Wachstumsrate des Produktionspotenzials in einem bestimmten Jahr im Vergleich zum Referenzszenario. Insbesondere die Anhebung der Erwerbsquote Älterer erscheint vielversprechend, da sich so bis zu 0,4 Prozentpunkte zusätzliches Wachstum pro Jahr erzeugen lassen.

Allerdings führt eine Erhöhung des Arbeitsvolumens nicht zwingend zu einem Anstieg des Produktionspotentials. Dem zusätzlichen Angebot muss eine entsprechende Nachfrage gegenüberstehen. Die hier dargestellten Ergebnisse gehen dabei von der Annahme aus, dass ausreichend Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden ist, um zusätzliche Beschäftigung zu generieren (durch eine Erhöhung der Erwerbsquote oder eine Absenkung der Erwerbslosenquote Älterer) oder dem Wunsch der Älteren nach Mehrarbeit zu entsprechen. Eine solche Annahme aufgrund des absehbaren Rückgangs der Gesamt- und insbesondere der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht unplausibel.

Dr. Andreas Sachs, sachs@zew.de

Nachgefragt: Wie sinnvoll sind Minijobs?

Minijobs drohen zur Falle zu werden

Seit dem Jahreswechsel dürfen geringfügig Beschäftigte mit Minijobs monatlich 50 Euro zusätzlich, also insgesamt 450 Euro abgabenfrei verdienen. Damit stärkt die Bundesregierung ein Instrument, das wegen zahlreicher Nebenwirkungen längst auf den arbeitsmarktpolitischen Prüfstand gehört, sagt Holger Bonin, Arbeitsökonom am ZEW.

Die Anzahl der Minijobber insgesamt ist in den vergangenen Jahren in Deutschland immer weiter gestiegen. Warum sind diese Jobs so beliebt?

Natürlich lockt die Steuer- und Abgabefreiheit. Männer übernehmen geringfügige Beschäftigungen gern als Zweitjobs neben der normalen Arbeit. Das ist attraktiver als etwa bezahlte Überstunden, für die Steuern und Sozialabgaben fällig würden. Auch für Mütter, die nur wenige Stunden arbeiten möchten, scheinen Minijobs attraktiver als sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit. Sie vermeiden damit die hohe implizite Besteuerung durch das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Und was die Arbeitgeber angeht: Geringfügig Beschäftigte sind eine Flexibilitätsreserve, die hilft, Arbeitskosten zu senken.

Minijobs wurden geschaffen, um Brücken in die reguläre Beschäftigung zu bauen. Funktioniert das?

Nein. Jedenfalls ist die Übergangsrate von geringfügiger in reguläre Beschäftigung sehr niedrig. Vor allem Frauen, die häufig Minijobs fernab ihrer früheren

Tätigkeit annehmen, geraten durch rasch einsetzende Dequalifizierung und Stigmatisierung in eine Falle. Zwar gibt es Evidenz, dass Langzeitarbeitslose, die eine zu ihren Qualifikationen passende geringfügige Beschäftigung annehmen, später häufiger sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind als andere Langzeitarbeitslose. Aber das ist kein Argument für eine Abgabefreiheit bei marginalen Tätigkeiten. Die spielt nämlich für Hartz IV-Empfänger als Anreiz zur Arbeitsaufnahme überhaupt keine Rolle. Nach geltendem Recht würden fällige Sozialabgaben über höhere Hartz IV-Leistungen ausgeglichen. Darum wird die nun vorgenommene Anhebung der Entgeltgrenze auch an der Mehrzahl der Langzeitarbeitslosen vorbeigehen, die bereits die bisherige 400-Euro-Regelung nicht voll ausgeschöpft haben.

Gehen durch Minijobs sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen verloren?

Empirisch ist das schwer nachzuweisen. Ohnehin sollte man die Frage besser anders herum stellen. Würden bei Abschaffung der Minijobs zusätzliche Normalarbeitsverhältnisse entstehen, die ge-

rade für Geringqualifizierte ein auskömmliches Einkommen bieten könnten? Und da bin ich optimistisch. Zwar darf man nicht nach der Formel „vier Minijobs weniger, gleich eine Vollzeitstelle mehr“ rechnen, denn die wegfallenden Kostenvorteile werden die Arbeitsnachfrage dämpfen. Aber einfache Tätigkeiten wie das Einräumen von Supermarktregalen oder Reinigungsarbeiten, die heute oft über Minijobs organisiert werden, lassen sich nicht einfach wegrationalisieren. Dass Argument, dass einzelne Betriebe Beschäftigte eben nur für wenige Stunden brauchen, trägt nicht. Solche Betriebe könnten Personalienstleister beauftragen, die mit Vollzeitbeschäftigten arbeiten.

Wie steht es um die Arbeitsbedingungen in den Minijobs?

Die empfinden viele geringfügig Beschäftigte selber als gar nicht so schlecht. Allerdings arbeiten viele Minijobber zu Niedriglöhnen. Und dies ist nur zum Teil die Folge ihrer geringen Qualifikation oder Wertschöpfung. Die Abgabefreiheit gegenüber der regulären Beschäftigung schafft einen Einkommensvorteil, von dem verhandlungsstarke Arbeitgeber einen Teil abschöpfen, und sei es in Form von unbezahlten Überstunden. Außerdem berichten viele Minijobber, dass in ihrem Umfeld Schwarzarbeit vorkommt.

Was muss sich ändern bei den Minijobs – oder sollten sie direkt abgeschafft werden?

Minijobs gehören zwingend auf den arbeitsmarktpolitischen Prüfstand. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und plädiere für ihre Abschaffung - auch wenn das eine unpopuläre Forderung ist. Das ZEW hat verschiedene Simulationsrechnungen durchgeführt, die deutlich zeigen, dass das Arbeitsangebot spürbar nach oben geht, wenn die Menschen nicht länger in der Minijob-Falle hängen bleiben können. Sicher ist eine unbürokratische Lösung für Kleinbeschäftigungen sinnvoll. Aber dafür würde auch eine Sozialabgabefreiheit auf Monatseinkommen bis 100 Euro reichen.

Prof. Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de

Prof. Dr. Holger Bonin ist seit dem Jahr 2007 Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW. Darüber hinaus ist er Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Arbeitsmärkte und soziale Sicherung an der Universität Kassel. Bonin untersucht unter anderem die Wirksamkeit der ehe- und familienbezogenen Leistungen, die Beschäftigungsprobleme von Geringqualifizierten, die Flexibilität von Löhnen sowie die ökonomischen Folgen von demografischen Veränderungen und Migration. Er ist Mitglied des Bevölkerungswissenschaftlichen Ausschusses im Verein für Socialpolitik (VfS) und Research Associate des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA).



Foto: ZEW

Trennbankensystem ist nur Nebenschauplatz bei der Reduzierung von Systemrisiko

Als Folge der globalen Finanzmarktkrise wird die Trennung von Investmentgeschäft und gewöhnlichem Bankgeschäft diskutiert. Der folgende Beitrag analysiert und bewertet verschiedene Vorschläge zur Trennung von Investmentbank und Geschäftsbank.



Eine Studie des ZEW untersucht die Wirkung, die die Trennung von gewöhnlichem Bankgeschäft – hier eine Beratung im Privatkundengeschäft – und Investmentgeschäft mit sich bringen würde.

Aktivitäten des Investmentbankings werden in der Öffentlichkeit als Mitverursacher der globalen Finanzmarktkrise der letzten Jahre kritisiert. Deshalb konzentriert sich die aktuelle Diskussion zur Neustrukturierung des europäischen Bankensektors insbesondere auf die Einführung eines Trennbankensystems, bei dem die Aktivitäten von Geschäftsbanken („Retail Banks“) und Investmentbanken voneinander rechtlich und wirtschaftlich weitgehend separiert wären.

Dieser Beitrag basiert auf einer Untersuchung des ZEW im Auftrag des Bundesverbands Öffentlicher Banken. Er geht zunächst auf die historischen Erfahrungen in den Vereinigten Staaten zum Trennbankensystem ein. Dann werden die verschiedenen Vorschläge zur Umsetzung eines Trennbankensystems vorgestellt und die Auswirkungen der Vorschläge auf die öffentlichen Banken in Deutschland erläutert. Eine Diskussion schließt sich an, inwiefern ein Trennbankensystem geeignet erscheint, das systemische Risiko im Bankensektor zu reduzieren.

In den Vereinigten Staaten wurde im Jahr 1933 als Reaktion auf die Große Depression ein Trennbankensystem errichtet. Dieses sollte vor allem Interessenkonflikte zwischen unterschiedlichen Bankaktivitäten derselben Bank vermeiden und auf diese Weise Kunden schützen. Dieses Trennbankensystem wurde im Laufe der Jahrzehnte nach und nach aufgeweicht und schließlich Ende der 1990er Jahre offiziell aufgehoben. Zuvor hatten Studien dokumentiert, dass die Gefahr von Interessenkonflikten bei den Universalbanken in den 1920er Jahren bei weitem überschätzt worden war.

Unterschiedliche Konzepte

Die derzeit diskutierten Vorschläge zur Errichtung von Trennbanken haben jeweils einen unterschiedlichen Fokus. Die insbesondere in den Vereinigten Staaten diskutierte Volcker-Rule bezweckt eine Einschränkung der Geschäftstätigkeiten von Banken mit Einlagengeschäft. Hingegen zielen die anderen Vorschläge direkt

auf die Geschäftsstrukturen von Banken ab. Die Vorschläge der Vickers-Kommission aus Großbritannien geben insbesondere strengere Auflagen für den Retailbankbereich vor, so dass dieser von den anderen Bankbereichen streng abgeschirmt werden soll. Bei den anderen, besonders in Europa diskutierten Reformvorschlägen von OECD, Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und der Liikanen-Gruppe stehen hingegen bestimmte Investmentbanktätigkeiten im Fokus.

Im Folgenden wird der in Europa besonders in Betracht gezogene Vorschlag der Liikanen-Gruppe näher erläutert. Die Liikanen-Gruppe kommt mehrheitlich zu dem Schluss, dass eine Abgrenzung von riskanten Handelsaktivitäten in eine rechtlich separierte Bankeneinheit nötig ist, um potenzielle Instabilitäten des Finanzsektors weiter zu reduzieren. Bei der Trennung von Geschäfts- und Investmentbank unterscheidet die Gruppe zwei Alternativen: Die erste Alternative (Avenue 1) sieht vor, dass alle Banken, deren Investmentaktivitäten eine bestimmte Grenze überschreiten, einen nicht-risikogewichteten Kapitalpuffer, der über die Basel III Vorschriften hinausgeht, einrichten. Seine Höhe bemisst sich am Umfang der Handelsaktivitäten. Zudem wird ein höherer Kapitalpuffer für den Fall eines hohen Anteils der Depositenfinanzierung in Betracht gezogen, um einer möglichen Gefährdung des Geschäftsbankenbereichs durch das höhere Risiko der Investmentbankaktivitäten zusätzlich entgegenzutreten. In einem zweiten Schritt müssen diese Banken ihren „Restrukturierungs- und Abwicklungsplan“ einer aufsichtsrechtlichen Prüfung unterziehen. Darin sollen die Institute zeigen, wie sie in der Krise ein Übergreifen von Verlusten der Investmentsparte auf den Retail-Bereich verhindern können. Besteht die Bank diese Prüfung nicht, ist eine Abtrennung der Investmentaktivitäten in eine rechtlich separierte Bankeinheit verpflichtend.

Bei der zweiten von der Liikanen-Gruppe vorgeschlagenen Alternative einer

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Trennbank (Avenue 2) bedarf es zur Abgrenzung der Investmentssparte keiner aufsichtsrechtlichen Prüfung. Es genügt bereits die Überschreitung einer festgelegten numerischen Grenze. Im Liikanen-Bericht wird sowohl die vollständige Herauslösung der Handelssparte diskutiert, als auch die Möglichkeit, lediglich das die Grenze überschreitende Volumen abzutrennen. Die Trennung erfolgt ebenso wie bei Avenue 1 in rechtlich separierte Bankseinheiten, die ein eigenes Management

bei Überschreitung der Schwellenwerte obligatorisch werden, wäre es derzeit noch unklar, wie auf die speziellen Bedürfnisse der Verbundgruppen Rücksicht genommen werden kann.

Trennbankensystem setzt nicht am systemischen Risiko an

Aus der Untersuchung wird deutlich, dass ein Trennbankensystem nicht wesentlich zur Reduzierung des systemi-

bank und Geschäftsbank nützliche Risikoreduktionseffekte aus dem Bankgeschäft verloren gehen können. So kann etwa ein relativ niedriger Anteil an Investmentgeschäft das Risiko der Gesamtbank reduzieren und die Relation von Ertrag zu Risiko verbessern. Durch eine Trennung könnten die Geschäfts- als auch die Investmentbank an Stabilität einbüßen verglichen mit der Situation vor der Trennung. Der Liikanen-Vorschlag würde dem Rechnung tragen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine Trennbank nicht notwendig ist, um Interessenkonflikte innerhalb von Banken zu verhindern, wie sie etwa bei einer Kundenberatung zu einem Investmentprodukt, das von der gleichen Bank geschaffen wurde, vorliegen.



Umfassende Regulierungsmaßnahmen für den Bankensektor wie etwa Basel III und die EU-Richtlinie über die Verwaltung alternativer Investmentfonds wurden bereits beschlossen.

und eine eigene Berichterstattung aufweisen müssen und denen es nicht erlaubt ist, Kapital zwischen den Einheiten zu verschieben.

Folgen für die öffentlichen Banken

Nicht alle der derzeit diskutierten Vorschläge eignen sich, den Erfordernissen des Bereichs der öffentlichen Banken in Deutschland Rechnung zu tragen. Probleme sind insbesondere dann zu erwarten, wenn die Verbundzusammenarbeit eingeschränkt wird. Dies wäre vor allem beim Vorschlag der Vickers-Kommission der Fall, wodurch zudem den Sparkassen als Retailinstituten höhere Eigenkapitalforderungen auferlegt würden. Die Volcker-Regel und der Vorschlag der OECD könnten im Verbund der Sparkassen und Landesbanken vergleichsweise gut umgesetzt werden. Sollte die von der Liikanen-Gruppe vorgeschlagene Avenue 2 bevorzugt werden und damit eine automatische Abspaltung der gesamten Handelssparte

schen Risikos beitragen kann. Ein systemisches Risiko besteht dann, wenn ein Schock, der zunächst nur ein Kreditinstitut betrifft, auf weitere Institute übergreift und dadurch große Teile des Bankensektors in Mitleidenschaft gezogen werden. Das Systemrisiko erwächst vor allem aus einem starken Kreditwachstum, einer unzureichenden Eigenkapitalbasis und einem hohen Anteil an kurzfristiger Kapitalmarktfinanzierung. Die Untersuchung zeigt, dass Trennbankensysteme nicht an diesen Hauptrisikofaktoren ansetzen. Daher stellt die Diskussion um die Einführung eines solchen Bankensystems nur einen Nebenschauplatz in der Debatte um die Reduktion des Systemrisikos dar. Der einzige Vorteil eines Trennbankensystems liegt darin, dass die Abwicklung von (Investment-)Banken in der Krise einfacher sein könnte, da die Trennung von zu erhaltenden und nicht zu unterstützenden Banken bereits erfolgt wäre. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass bei einer strikten Trennung von Investment-

Alternative Konzepte zur Regulierung

Wenn es wirtschaftspolitisch gewünscht ist, eine zusätzliche Regulierung des Investmentgeschäftes einzuführen, dann könnten anstelle der Einführung eines Trennbankensystems andere Konzepte herangezogen werden. Hierzu zählt zum einen die Bindung des regulatorischen Eigenkapitals an den Umfang der Investmentbankaktivitäten im Rahmen einer separaten Komponente. Dies könnte zum Beispiel für eine in Bezug auf das Systemrisiko besonders relevante Bankengruppe gelten, wie etwa die Gruppe der globalen systemrelevanten Banken. Es könnte sinnvoll sein, die Höhe des regulatorischen Eigenkapitals für Banken unter anderem an die Höhe des Geschäfts mit Hedgefonds zu knüpfen. Dadurch würde die aufwändige Aufspaltung von Banken vermieden, die mit einem unklarem Ausgang verbunden ist. Trotzdem könnten mit beiden Alternativen Anreize zur Begrenzung des Investmentbankgeschäfts gesetzt werden. In beiden Fällen ist jedoch zu beachten, dass es bereits umfassende Regulierungsreformen sowie geplante Vorhaben gibt, zu denken ist etwa an Basel III, die EU-Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds oder die Regulierung systemrelevanter Finanzinstitute, deren Wirkung erst einmal abgewartet werden sollte, bevor neue Maßnahmen beschlossen werden.

Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de
Dr. Gunnar Lang, lang@zew.de

Deutschland im Spannungsfeld zwischen Erfolg und Eurokrise

Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE, referierte am 21. Januar 2013 am ZEW zum Thema „Deutschland im Spannungsfeld zwischen Erfolg und Eurokrise“. Den Vortrag im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ besuchten rund 250 Gäste.

Ein erstes Spannungsfeld ergebe sich für Deutschland und Europa aus der globalen Machtverschiebung, sagte Roland Koch zum Auftakt seines Vortrags. Diese Machtverlagerung äußere sich ökonomisch und gesellschaftlich. So leisteten die 500 Millionen Zentraleuropäer in wenigen Jahren nur noch einen einstelligen Beitrag zum weltweiten Wirtschafts-

wachstum, während insbesondere China mit seinen rund 1,3 Milliarden Menschen zur ökonomischen Supermacht aufsteigen werden. Damit verbunden sei die Verschiebung gesellschaftlicher Werte. Die Europäer gingen davon aus, dass mit einer Marktwirtschaft individuelle Freiheitsrechte einhergingen. China beweise aber, dass Marktwirtschaft auch ohne die Freiheit des Einzelnen funktionieren könne.

Ein weiteres Spannungsfeld liege in Europa selbst, sagte Koch. So habe Europa ein Stück weit seine ursprüngliche Vision verloren, wonach durch die europäische Einigung ein friedliches Zusammenleben aller Nationen gesichert werden sollte. Heute habe aber niemand mehr in Europa Angst vor einem Krieg. Das sei zwar ein glücklicher Umstand, gleichwohl wüssten aber immer weniger Menschen, warum sie Europa mittragen sollten. Die schwere Schuldenkrise im Euroraum belastete das Miteinander. Sie führe dazu, dass einige Länder ihre Nachbarn mit Missgunst betrachteten, sagte Koch. Dies

Politik, ebenso wie eine kluge langjährige lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften. Auch in Zukunft müsse die Industrie in Deutschland gehalten werden, forderte der Vorstandschef von Bilfinger. Länder, die voll auf den Dienstleistungssektor gesetzt hätten, wären von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Denn im Dienstleistungssektor gebe es wenige sehr gut bezahlte Jobs für einige Hochqualifizierte, dafür aber viele Jobs im Niedriglohnbereich. Die Industrie böte dagegen vielen gut ausgebildeten Facharbeitern gute Verdienstmöglichkeiten. Dies habe positive Folgen für den Arbeitsmarkt, aber ebenso für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Europa muss zusammenhalten

„Welchen Weg sollen Deutschland und Europa angesichts der skizzierten Spannungsfelder einschlagen?“, fragte Koch. Zullererst gelte es, ein Auseinanderfallen der Eurozone zu verhindern. Ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion zöge einen massiven Vertrauensverlust nach sich. Dann sei es nur eine Frage der Zeit, bis andere Länder ebenfalls austreten würden. Europa müsse aber zusammenbleiben, um seinen Wohlstand und seine Werte zu bewahren. Die Chancen, dass dies gelinge, stünden gar nicht schlecht, erklärte Koch. So seien in den Krisenländern bereits erfolgversprechende Reformen zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur auf den Weg gebracht worden. Es werde aber lange Zeit brauchen, bis hier die Früchte geerntet werden könnten.

Mit Blick auf die weltweiten Zusammenhänge habe Deutschland Möglichkeiten, diese mitzugestalten, sagte Koch. So sei Deutschland beispielsweise Mitglied in der Welthandelsorganisation, in die China aufgenommen werden wolle. Hier habe Deutschland Spielraum, seine Regeln ein Stück weit durchzusetzen. Diesen Spielraum gelte es zu nutzen.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de



Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE, während seines Vortrags am ZEW.

gelte zum Beispiel für viele Menschen in Deutschland, die Griechenland gerne aus der Eurozone ausschließen würden. Aber auch Deutschland werde mit Missgunst bedacht, weil seine Wirtschaft robust sei, während andere Länder in tiefer Rezession, teilweise sogar Depression steckten.

Für Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg inmitten der Eurokrise sei vor allem seine industrielle Basis verantwortlich. Während die Industrie aus vielen anderen europäischen Ländern abgewandert sei, habe Deutschland seine mittelständisch geprägten Industrieunternehmen halten können, sagte Koch. Maßgeblich hierfür sei Deutschlands mittelstandsorientierte

Während die Industrie aus vielen anderen europäischen Ländern abgewandert sei, habe Deutschland seine mittelständisch geprägten Industrieunternehmen halten können, sagte Koch. Maßgeblich hierfür sei Deutschlands mittelstandsorientierte

Während die Industrie aus vielen anderen europäischen Ländern abgewandert sei, habe Deutschland seine mittelständisch geprägten Industrieunternehmen halten können, sagte Koch. Maßgeblich hierfür sei Deutschlands mittelstandsorientierte

ZEW INTERN

Dritte SEEK-Konferenz am ZEW in Mannheim: Engines for More and Better Jobs in Europe



Nach dem außergewöhnlich großen Interesse an den SEEK-Jahreskonferenzen 2011 und 2012 veranstaltet das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim vom 25. bis 26. April 2013 die dritte Konferenz des Forschungsprogramms „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“ (SEEK). Vorrangiges Ziel der internationalen Konferenz

ist es, die Herausforderungen zu verdeutlichen, denen die Arbeitsmärkte und Sozialsysteme der europäischen Volkswirtschaften gegenüberstehen. Dieses Thema findet zunehmend Beachtung in Politik und Wissenschaft. Die Konferenz bringt politische Entscheidungsträger und Wissenschaftler zusammen, um Wege zu diskutieren, mit denen das Leitbild von Arbeit und Wohlstand für alle verwirklicht werden kann.

Nähere Informationen finden sich unter: seek.zew.eu

ZEW-Kurzinformation auf Chinesisch erschienen



Die Kurzinformation „Das ZEW in Kürze“ wurde erstmalig auf Chinesisch aufgelegt. Auf 24 Seiten informiert die Broschüre knapp und übersichtlich über die Arbeit und die Forschungsschwerpunkte des ZEW. Die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Partnern in China wird kontinuierlich intensiver. Die chinesische Kurzdarstellung des Instituts soll die Kooperation zwischen ZEW-Forschungseinheiten und wissenschaftlichen Einrichtungen in China unterstützen. Die Kurzinformation findet sich unter:

http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/ZEW-Kurzinfo_chin.pdf

ZEW EXPERTENSEMINARE

- 08.04.2013 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I – Vektor-Autoregressive Modelle
- 09.04.2013 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II – Nichtstationäre Zeitreihen und Kointegration
- 10.04.2013 Digitale Literatur und Urheberrecht - Aktuelle Regelungen und neue Entwicklungen
- 10.04.2013 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III – Erstellung von Prognosemodellen
- 16.04.2013 Panelökonometrie – Schätzung binärer und zensierter Modelle
- 17.04.2013 Digitale Literatur und Urheberrecht – Aktuelle Regelungen und neue Entwicklungen, Berlin
- 07.05.2013 Verrechnungspreise in der Betriebsprüfung – Aktuelle Entwicklungen und Gestaltungshinweise
- 15.05.2013 Konjunkturanalyse für Praktiker: Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
- 16.05.2013 Konjunkturanalyse für Praktiker: Methoden zur Konjunkturanalyse verstehen und anwenden
- 05.06.2013 Internationaler Mitarbeiterereinsatz in Wissenschaft und Forschung, Berlin
- 12.06.2013 Kapitalmarktanalyse – Grundlagen zur Analyse von internationalen Anlagemärkten

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 13-008, Wolfgang Buchholz, Michael Schymura: How Can Pure Social Discounting be Ethically Justified?

Nr. 13-007, Andreas Löschel, Michael Schymura: Modeling Technological Change in Economic Models of Climate Change.

Nr. 13-006, Andreas Löschel, Bodo Sturm, Reinhard Uehleke: Revealed Preferences for Climate Protection when the Purely Individual Perspective is Relaxed - Evidence from a Framed Field Experiment.

Nr. 13-005, Andreas Löschel, Sascha Rexhäuser, Michael Schymura: Trade and the Environment: An Application of the WIOD Database.

Nr. 13-004, Dirk Czarnitzki, Christian Rammer, Andrew Toole: University Spinoffs and the „Performance Premium“.

Nr. 13-003, Bodo Aretz: Gender Differences in German Wage Mobility.

Nr. 13-002, Fabian Kosse, Friedhelm Pfeiffer: Quasi-hyperbolic Time Preferences and Their Intergenerational Transmission.

Nr. 13-001, Benjamin Johannes Lutz, Uta Pigorsch, Waldemar Rotfuß: Nonlinearity in Cap-and-Trade Systems: The EUA Price and its Fundamentals.

Nr. 12-089, Olga Slivkó: Innovation Strategies of German Firms: The Effect of Competition and Intellectual Property Protection.

12-088, Irene Bertschek, Daniel Erdsiek: IT Outsourcing – A Source of Innovation? Microeconomic Evidence for Germany.

Nr. 12-087, Fabienne Rasel: Offshoring and ICT – Evidence for German Manufacturing and Service Firms.

Nr. 12-086, Hanna Hottenrott, Cindy Lopes Bento: (International) R&D Collaboration and SMEs: The Effectiveness of Targeted Public R&D Support Schemes.

Nr. 12-085, Christian Rammer, Christian Köhler: Innovationen, Anlageinvestitionen und immaterielle Investitionen.

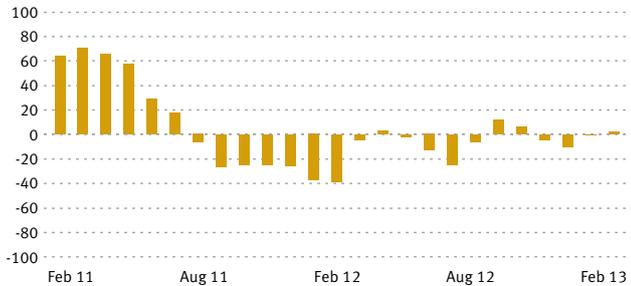
Nr. 12-084, Katrin Cremers, Paula Schliessler: Patent Litigation Settlement in Germany – Why Parties Settle during Trial.

Nr. 12-083, Kornelius Kraft, Christian Rammer, Sandra Gottschalk: Minimum Wages and Competition: The Case of the German Roofing Sector.

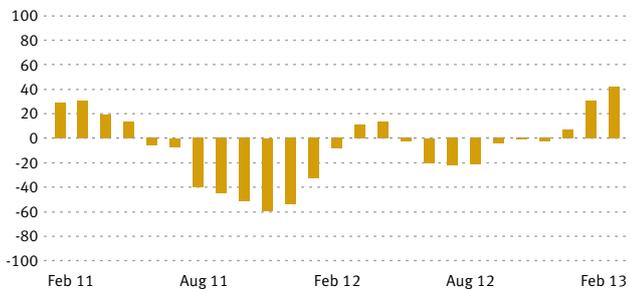
Nr. 12-082, Florian Misch, Atilim Seymen: The Effects of Countercyclical Fiscal Policy: Firm-Level Evidence from Temporary Consumption Tax Cuts in Turkey.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Februar 2013



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Änderung der jährlichen Inflationsrate im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Inflationserwartungen konstant

Der Schnellschätzung zufolge sind die Verbraucherpreise in der Eurozone zuletzt langsamer gewachsen. Im Januar 2013 lag die jährliche Inflationsrate bei 2,0 Prozent und damit um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert des Vormonats. Für die kommenden sechs Monate gehen die befragten Finanzmarktexperten davon aus, dass sich die Preise mit in etwa gleicher Geschwindigkeit weiterentwickeln werden. Hierauf deuten die nahezu unveränderten Inflationserwartungen hin. Deren Saldo rangiert derzeit mit 2,3 Punkten im neutralen Bereich.

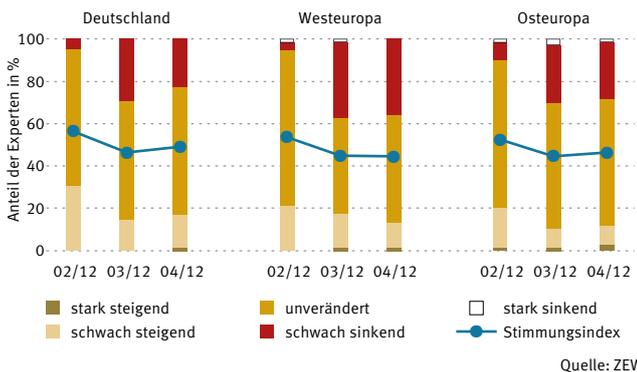
Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

Eurozone: Konjunkturerwartungen verbessert

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone auf Sicht von sechs Monaten haben sich im Februar 2013 ein weiteres Mal erheblich verbessert. Der entsprechende Saldo steigt um 11,2 Punkte auf 42,4 Punkte. Dies deutet daraufhin, dass in der Eurozone in den kommenden Monaten eine Phase der konjunkturellen Erholung einsetzen könnte. Es handelt sich bereits um den dritten Zuwachs des Indikators in Folge. Allerdings fällt die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage mit minus 75,6 Punkten nach wie vor sehr schlecht aus.

Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

Die Aussichten des Schienengüterverkehrs sind insgesamt eher düster

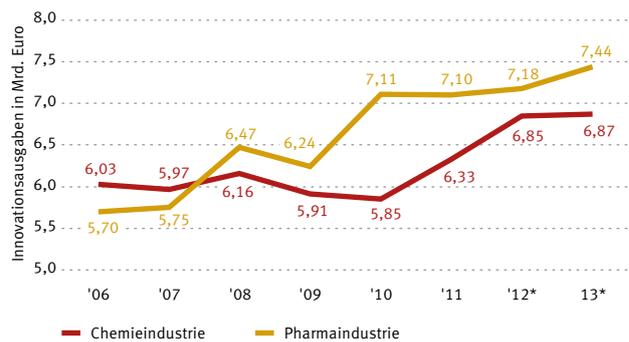


Quelle: ZEW

Beim Schienengüterverkehrsaufkommens sehen die Perspektiven für die nächsten Monate vergleichsweise schlecht aus. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) der Experten des Transportmarktbarometers von ProgTrans/ZEW gehen im Westeuropaverkehr von schwach sinkenden Transportmengen aus. Für den Deutschlandverkehr sind es 23 Prozent und im Osteuropaverkehr erwarten 28 Prozent einen Mengenrückgang. Die Mehrheit der Experten rechnet mit unveränderten Transportmengen, mit gut 60 Prozent beim Deutschland- und Osteuropaverkehr und gut 50 Prozent beim Westeuropaverkehr.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Chemieindustrie holt bei Innovationsausgaben auf



* Planzahlen Frühjahr/Sommer 2012

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Chemieindustrie hat nach Jahren stagnierender und rückläufiger Innovationsausgaben jüngst ihre Budgets für die Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Verfahren deutlich ausgeweitet. Nach 5,85 Milliarden Euro 2010 stiegen die Innovationsausgaben 2011 auf 6,33 und 2012 voraussichtlich auf 6,58 Milliarden Euro an. So konnte wieder zur Schwesterbranche der Pharmaindustrie aufgeschlossen werden. Dort blieben die Innovationsbudgets 2011 und 2012 bei etwa 7,1 Milliarden Euro konstant. Für 2013 plant die Pharmaindustrie leichte Zuwächse, die Chemieindustrie plant keine Ausgabensteigerung.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Augenblick, verweile doch, Du bist so schön

Im letzten Jahr hat der Vergleich zwischen der Geldpolitik der EZB und der vom Teufel erfundenen Papiergeldvermehrung im Faust II für Aufsehen gesorgt. Zur Stimmung der letzten Monate in der Eurozone passt ein anderes Zitat aus Goethes Tragödie: „Zum Augenblicke dürft ich sagen, verweile doch, Du bist so schön.“ Die Krise sei beendet, haben führende Vertreter der europäischen Institutionen verkündet. Es scheint, als hätte die so hart kritisierte Ankündigung der EZB, notfalls unbegrenzt Anleihen der Krisenstaaten in der Eurozone aufzukaufen, eine Wende zum Besseren eingeleitet. Was ist davon zu halten?

Es gibt in der Tat Anzeichen der Beruhigung. Erstens sind die Zinsen auf Anleihen der Krisenstaaten deutlich gesunken. Zweitens sind die Aktienkurse weltweit gestiegen. Drittens hat sich der Kurs des Euro gegenüber anderen Währungen deutlich erholt. Das politische Patt in Italien hat zwar für Verunsicherung gesorgt. Die spontane Reaktion der Kapitalmärkte war aber vergleichsweise moderat. All dies belegt, dass Investoren wieder bereit sind, sich in der Eurozone zu engagieren. Unklar ist allerdings, ob das auch Signale für eine realwirtschaftliche Erholung sind. Der Hauptgrund für die Beruhigung der Finanzmärkte ist ein anderer. Die EZB hat mit ihrem Aufkaufprogramm signalisiert, dass nicht private Investoren für Zahlungsausfälle haften werden, sondern die Steuerzahler. Da ist es verständlich, dass die Finanzmärkte jubeln.

Weniger nachvollziehbar ist, dass Teile der europäischen Politik in den Jubel einstimmen. Dafür ist es entschieden zu früh. Zwar sind die Leistungsbilanzdefizite und die staatlichen Budgetdefizite in den Krisenstaaten geschrumpft. Gleichzeitig gibt es jedoch auch negative Signale. Aktuell entwickeln Wachstum und Beschäftigung sich so schlecht wie zu keinem Zeitpunkt seit dem Ausbruch der Krise. Die Wirtschaft der Eurozone schrumpft und die Arbeitslosenquote liegt bei mehr als 11 Prozent, in Spanien sogar bei deutlich über 25 Prozent. Tendenz steigend. Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sind zu zaghaft und bleiben teils stecken.

Um die Rezession in der Eurozone zu beenden, sind erhebliche Anstrengungen erforderlich. Zum einen muss die Bevölkerung sich auf Belastungen aus der Sanierung der Staatsfinanzen einstellen. Die Wahlen in Italien haben gezeigt, dass die Bereitschaft dazu begrenzt ist. Viel spricht dafür, dass in einigen Staaten ein Schuldenschnitt hinzukommen muss. Zumindest in Griechenland ist das unausweichlich, Portugal und Spanien könnten dazu kommen. Diese Schuldenschnitte werden die Steuerzahler in Deutschland und anderen Gläubigerländern belasten.

Zum anderen müssen die Probleme der Banken gelöst werden. Die Eurozone hat sich zwar auf die Schaffung einer Bankenunion geeinigt. Aber diese Bankenunion funktioniert nicht, bevor die in den Bankbilanzen versteckten Verluste aus faulen Krediten, die so genannten Altlasten, offengelegt sind. Man muss sich darüber einigen, wer diese Lasten trägt. Dazu kommt es derzeit nicht. Die Krisenstaaten hoffen, diese Verluste mit der Errichtung der Bankenunion teilweise auf die Länder im Norden der Währungsunion abzuwälzen. Die Länder im Norden sträuben sich deshalb gegen eine gemeinsame Haftung. Das Ziel, die gegenseitige Anhängigkeit zwischen Mitgliedstaaten und ihren Banken zu durchbrechen, wird verfehlt. Wegen der EZB-Garantie haben die Krisenstaaten wieder Zugang zu billigen Krediten, daher kann man die Sanierung der Banken und die Schaffung der Bankenunion aufschieben. Damit wird aber auch die wirtschaftliche Erholung der Eurozone verzögert.

Die EZB hat die Märkte beruhigt, aber damit auch den Druck auf die Politik in Europa beseitigt, Reformen voranzutreiben. In Goethes Tragödie beruht Fausts Freude über den „schönen Augenblick“ auf einem Irrtum. Faust ist erblindet und glaubt zu hören, eine Menschenmenge huldigt ihm wegen seiner Taten. In Wahrheit hört er, wie sein Grab geschaufelt wird. Die Politik in Europa ist glücklicherweise nicht blind. Sie sollte die Reformen in der Eurozone entschlossen vorantreiben, bevor die Krise mit Macht zurückkehrt.

Clemens Fuest

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrmer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail groettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2013